

Gemeinsame Stellungnahme

Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, alle Bestandteile des des Nordischen Modells umzusetzen!

CAP International, ein Zusammenschluss von 35 Graswurzel- und Überlebenden-Organisationen, die in 28 Ländern tätig sind und das Bündnis Nordisches Modell, ein Zusammenschluss aus über 45 Vereinen und Organisationen sowie zahlreichen Einzelpersonen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die sich für eine gesetzliche Änderung hin zum Nordischen Modell einsetzen, begrüßen die Annahme des [Berichts über die Regulierung der Prostitution in der EU: ihre grenzüberschreitenden Auswirkungen und ihre Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frauen](#) außerordentlich. Der Bericht mündet durch seine Annahme in einer **europäischen Resolution**, die die Mitgliedsstaaten auffordert ihre nationalen Gesetze zu überdenken und anzupassen. Diese Abstimmung ist ein großer Erfolg – vor allem für prostituierte Menschen. Denn die Resolution erkennt Prostitution als eine Gewaltform an und fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, alle Komponenten des Nordischen Modells umzusetzen.

Prostitution: Ausdruck von Gewalt- und Ungleichheitsverhältnissen

Das EU-Parlament stellt fest, dass **Prostitution weder eine Form der Arbeit noch eine individuelle Entscheidung ist, sondern ein Gewaltsystem, das auf unterschiedlichen Formen der Diskriminierung beruht**. So heißt es in der Resolution: „*dass es sich bei der Prostitution nicht um eine individuelle Handlung einer Person handelt, die ihren Körper gegen Geld vermietet, sondern um ein System, das auf Profit ausgerichtet, das von Natur aus gewalttätig, diskriminierend und zutiefst unmenschlich ist und das als Geschäft funktioniert und einen Markt schafft, in dem Zuhälter planen und handeln, um ihre Märkte zu sichern und zu vergrößern, und in dem die Käufer von Sex eine Schlüsselrolle dabei spielen, diese Märkte zu vergrößern (...)*“

Das Parlament „*betont, dass das geschlechtsspezifische Wesen der Prostitution und ihrer Ausbeutung die vorherrschenden Machtverhältnisse widerspiegelt und reproduziert; betont, dass die intersektionelle Diskriminierung dieses Machtungleichgewicht noch verschärft; betont, dass die Mehrheit der in der Prostitution tätigen Personen Frauen sind, was die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vergrößert; betont ferner, dass Prostitution und sexuelle Ausbeutung sowohl eine Ursache als auch eine Folge der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern, des Sexismus, des Rassismus, der Behindertenfeindlichkeit, der Armut und der sozialen Ausgrenzung sind und Stereotype über Frauen, Männer, andere Geschlechter und Randgruppen im Allgemeinen reproduzieren und fortschreiben;*“

Forderung nach dem Nordischen Modell

Das EU-Parlament fordert die Einführung des Nordischen Modells, indem es die Einführung aller seiner Komponenten fordert. So sieht eine Säule **die Kriminalisierung des Erwerbs sexueller Handlungen** vor: Das Parlament *„fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass es unter Strafe gestellt wird, von einer Person eine sexuelle Handlung gegen Entgelt, das Versprechen eines Entgelts, die Gewährung eines geldwerten Vorteils oder das Versprechen eines solchen Vorteils zu verlangen, anzunehmen oder zu erhalten;“*

Das EU-Parlament fordert auch die **Entkriminalisierung von Prostituierten und deren Zugang zu umfassenden Ausstiegsprogrammen**, wie sie von abolitionistischen Organisationen und Ländern wie bspw. Frankreich und Schweden umgesetzt werden: Das Parlament *„fordert die Mitgliedstaaten auf, in den Bereichen Prävention, Entkriminalisierung von in der Prostitution tätigen Personen, insbesondere Frauen (...) Maßnahmen zu ergreifen; (...) stellt fest, dass die Mehrheit der in der Prostitution tätigen Frauen die Prostitution aufgeben möchte und dass daher Anstrengungen unternommen werden sollten, um Alternativen und Ausstiegsmöglichkeiten zu fördern, damit Frauen, die dies wünschen, das Vertrauen und die (u. a. staatliche) Unterstützung haben, um sich ein Leben frei von Gewalt und Prostitution aufzubauen;“*

Schließlich **kritisiert das EU-Parlament nachdrücklich den in Deutschland, den Niederlanden und Belgien verfolgten Ansatz der "Sexarbeit", der die Zuhälterei und den Kauf sexueller Handlungen entkriminalisiert und normalisiert, und erkennt die positiven Auswirkungen des nordischen Modells bzw. Gleichstellungsmodells an:** Das Parlament *„stellt fest, dass durch die Entkriminalisierung der Zuhälterei und des Erwerbs sexueller Dienstleistungen normalisiert wird; betont, dass die Stigmatisierung von in der Prostitution tätigen Personen in diesem System dennoch fortbesteht; (...) stellt fest, dass der Prostitutionsmarkt und damit die Zahl der Ausgebeuteten nur dann schrumpfen kann, wenn die Nachfrage reduziert wird; (...).“* Das Parlament *„betont, dass der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, einschließlich des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen, aufgrund der hohen Nachfrage zunimmt (...) dies in Ländern mit einem liberalen Regulierungsmodell besonders deutlich wird, während Mitgliedstaaten wie Frankreich und andere Länder, die Konzepte wie das nordische Modell bzw. das Gleichstellungsmodell verfolgen, keine großen Märkte für Menschenhandel zu diesem Zweck mehr sind (...) hebt die positiven Auswirkungen dieses Modells auf die Rechte von in der Prostitution tätigen Personen, insbesondere Frauen, die normative Wirkung in der Gesellschaft und die Bekämpfung des Menschenhandels hervor.“*

Eine Resolution für die Gleichstellung und Frauenrechte

Anerkennung der Prostitution als Gewaltssystem, Forderung nach Kriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen und der Zuhälterei, Entkriminalisierung und Unterstützung von Personen in der Prostitution durch die Bereitstellung von Ausstiegsmöglichkeiten – damit hat sich das EU-Parlament nun nachdrücklich für die breite Übernahme des Nordischen Modells mit all seinen Komponenten in Europa ausgesprochen und eine klare Absage an Regelungssysteme erteilt, die das gesamte Prostitutionssystem entkriminalisieren und legalisieren. Diese Entscheidung ist ein Schritt nach vorn in Bezug auf die **Gleichstellung von Frauen und Männern, die soziale Gerechtigkeit und den Schutz von Minderheiten**. Dies ist ein großer Erfolg für die abolitionistische Bewegung und eine klare Aufforderung an die Mitgliedstaaten, Gesetze zur Abschaffung der Prostitution zu erlassen, wie es Schweden, Irland und Frankreich bereits getan haben.

Der Bericht, der von der deutschen SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament Maria Noichl initiiert und mit großer Mehrheit der deutschen Abgeordneten von EVP und S&D Fraktion beschlossen wurde, ist ein klares Signal an die deutsche Bundesregierung: Es ist an der Zeit, auch in Deutschland einen neuen Weg einzuschlagen und nach über 20 Jahren liberaler Prostitutionsgesetzgebung der Empfehlung des Europäischen Parlaments zu folgen: **Es ist an der Zeit auch in Deutschland das Nordische Modell einzuführen.**